

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/051(IV)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 31.03.2009	Beimszimmer	16:30Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.03.2009
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Vorstellung der AG der Erziehungsberatungsstellen in freier Trägerschaft
- 6 Aufruf des Ausländerbeirates zur Förderung von Migranten-Selbstorganisationen in Magdeburg
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Magdeburg-Pass: Rahmenkonzept, Ideenwerkstatt und Kundenbefragung DS0027/09
- 7.2 Projekt Familienpaten - Sachstandsbericht I0032/09
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Schob, Sigrid

Veil, Thomas

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Fund, Claudia

Geschäftsführung

Beier, Editha

Ponitka, Heike

Uhlemann, Yvonne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Heendorf, Michael

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Sachkundige Einwohner/innen

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßt alle Anwesenden und Gäste, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.03.2009

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 03.03.2009 wird mit folgenden Änderungen bestätigt:

Herr Veil bittet um folgende Ergänzung bzw. Änderung:

TOP 4 – Öffentliche Sprechstunde, Seite 3, Absatz 4

„Herr Veil unterstützt dieses und hält eine solche Handhabung seitens eines Ausschusses für kontraproduktiv, da er dessen Glaubwürdigkeit schwächt. Er kritisiert, dass das (in der Sache möglicherweise gerechtfertigte) Anliegen der AG Erziehungsberatungsstellen von der Verwaltung (hier der Gleichstellungsbeauftragten) trotz der gegenteiligen Beschlusslage des Stadtrates dem Ausschuss „unbesehen“ zur Beschlussfassung empfohlen wird.“

TOP 6 – Verschiedenes, Seite 7, Absatz 2

„In diesem Zusammenhang wird auf Anregung von Herrn Veil beschlossen, eine der nächsten Ausschusssitzungen in der FORENSA Magdeburg abzuhalten.“

Abstimmung: 3 / 0 / 1

4. Öffentliche Sprechstunde

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

5. Vorstellung der AG der Erziehungsberatungsstellen in freier Trägerschaft

Zu diesem TOP sind Frau Kriegel und Frau Wildenauer, als Vertreterinnen der „Erziehungsberatung der freien Träger der Jugendhilfe in der Stadt Magdeburg“ erschienen.

Ihr Info-Material, insbesondere die statistischen Ergebnisse von 2008, wurde den Mitgliedern des FuG-Ausschusses mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersendet.

Hierin würde vor allem Bezug genommen auf:

- Erziehungsberatung, was sie bedeutet und worauf sie abzielt,
- Mit welchen Fragen sie sich beschäftigt, und mit welchen Schwerpunkten; hier wurde nachdrücklich auf die Wartezeiten in Magdeburg von 4 – 12 Wochen bei einem längerfristigen Prozess der Erziehungsberatung hingewiesen, wobei Krisenintervention sofort ermöglicht wird.
- Die Förderung durch die Stadt (Jugendamt) verteilt sich auf **4 Träger** mit insgesamt **3,75 VbE**, was einem Leistungsstundenumfang von **5.862 Stunden** entspricht (jede Fachkraft (VbE) betreute 2008 = 185 Fälle) für eine Gesamtsumme von **154.354,00 EUR!**
- Wobei nochmals darauf verwiesen wird, dass die Förderung von Erziehungsberatungsstellen durch das Jugendamt der LH Magdeburg in den letzten 5 Jahren konstant geblieben ist.
- Die direkten Kürzungen von 1,3 % wirken sich ebenso direkt auf die Beratungsarbeit aus (Personalkosten, Materialkosten etc.).
- Außerdem erfahren die Beratungsstellen durch keinerlei Erhöhungen oder Anpassungen an Tarifsteigerungen jährlich indirekte Kürzungen bei steigenden Mehrbelastungen durch Mehrwertsteuererhöhungen, Betriebskostenerhöhungen etc.

- Die geplanten direkten und die bereits seit Jahren stattfindenden indirekten Kürzungen müssen vom Träger geschultert werden, gehen zu Lasten des hohen Eigenanteils (ca. 20.000,00 EUR bei Wildwasser e. V.) und müssen Folgen für Arbeitsqualität und Arbeitsqualität nach sich ziehen.
- Weiterhin wurde darauf verwiesen, dass es keine Verwaltungsfachkraft mehr gibt, was für die Fachkräfte eine große zusätzliche Belastung darstellt.
- Es wäre auch gut, zukünftig eine männliche Fachberatung vorhalten zu können.

Aufgrund dieser Fakten ist eine weitere Förderung der Beratungsstellen notwendig und es ist zukünftig auszuschließen, weitere Kürzungen vorzunehmen, wenn die Qualität der Arbeit nicht Schaden nehmen soll.

In der Diskussion wurde auf Folgendes eingegangen:

- Diese Ausführungen bestätigen auch noch einmal den gestellten Antrag des FuG-Ausschusses bezüglich der Psychologen-Personalstelle.
- Ein männlicher Berater in der Erziehungsberatung wäre sehr wichtig.
- In den Fraktionen muss mehr Verständnis für diese Anliegen geschaffen werden, damit die Beratungsstellen in Zukunft einen höheren Stellenwert einnehmen.
- Bildung wird zu wenig mit Erziehung verbunden.
- Wenn es sich nach SGB VIII um eine Pflichtaufgabe handelt, sollte versucht werden, über das Land Druck auf den Bundesrat auszuüben, damit die Kontingente erhöht werden.

Herr Dr. Klaus ergänzt kurz, dass es am 30.03.09 eine Sonderunterausschusssitzung gab und er diese Unterlagen gern nachreicht. Weiter sagt er, dass 1997 ein Forschungsbericht in Bezug auf die Finanzierung, auch in Zusammenarbeit mit den freien Trägern, erarbeitet wurde. Gewollt ist eine aufwandsgerechte Finanzierung. Es wird jedoch nach einer Möglichkeit gesucht, ab 2011 eine bessere Finanzierung zu erreichen. Es muss auch erwähnt werden, dass es sich bei den Kürzungen um den Beschluss des Stadtrates im Rahmen der Haushaltskonsolidierung handelt.

Dann geht es um die eventuelle Möglichkeit, Beratungen an andere Landkreise abzugeben bzw. dort in zu verweisen.

Herr Dr. Klaus sagt dazu, dass jeder Landkreis seit 1995 eine eigene anerkannte Erziehungsberatungsstelle hat und hier ein dichtes Netz an Beratungsstellen in Sachsen-Anhalt besteht. Somit besteht durchaus die Möglichkeit, auf andere Landkreise zu verweisen.

Frau Wildenauer ergänzt dazu, dass durch die Teilfinanzierung vom Land auch Beratungen aus dem Umland in Magdeburg möglich bzw. rechtens sind.

Frau Beier sagt, dass es Gründe gibt, warum Menschen eine Beratung in anderen Gebieten suchen (freies Wahlrecht). Wenn der Gesetzgeber eine solche Einschränkung wollte, hätte er schon längst einen „Riegel“ davor geschoben. Auch MagdeburgerInnen werden in anderen Landkreisen aufgenommen.

Frau Huhn fasst abschließend zusammen, dass bei der nächsten Haushaltsdiskussion darauf geachtet werden muss, keine weiteren Kürzungen vorzunehmen und zukünftig Klarheit bei der Personalausstattung zu schaffen ist.

6. Aufruf des Ausländerbeirates zur Förderung von Migrantenselbstorganisationen in Magdeburg

Zu diesem TOP sind Frau Trojanowskaja, Frau Henning und Herr Coulibaly erschienen.

Zuerst erhält Frau Trojanowskaja das Wort. Sie bringt den Aufruf des Ausländerbeirates kurz ein und sagt weiter:

- Zurzeit gibt es 4 Migrantenselbstorganisationen (MSO) in Magdeburg. In Halle gibt es zurzeit 15.
- Die MSO leisten einen großen Teil Integrationsarbeit und sie besitzen großes Vertrauen bei den MigrantInnen.
- Probleme bereitet die Fördermittelvergabe. Die MSO müssen die gleichen Anforderungen erfüllen, wie z. B. die Caritas. Dies ist jedoch nicht leistbar von Seiten der MSO. Es fehlen auch die technischen Voraussetzungen dafür.
- Die Schwerpunkte haben sich verschoben. Im Jahr 2008 sind z. B. nur 3 Familien nach Magdeburg zugezogen. Eine Erstberatung ist somit nicht so stark gefragt. Es muss mehr Integrationsarbeit geleistet werden. Auch 1 €Jobs wurden drastisch gekürzt.
- Seit Anfang 2009 wurden die MSO von vielen freien Trägern als interessantes Arbeitsfeld entdeckt.

Frau Henning sagt dazu, dass die Verwaltung die MSO unterstützen möchte. Zuerst sollte ein Termin gefunden werden, um abzuklären, wo die Probleme liegen und was getan werden kann. Es gibt z. B. auch Fördermöglichkeiten vom Land für die MSO. Hier ist eine gute Koordinierung nötig. Die Verwaltung möchte hier beratend helfen und wünscht sich einen besseren Kontakt.

Herr Coulibaly fügt hinzu, dass es in Halle besser „klappt“, weil hier eine bessere Kommunikation stattfindet. Es gibt in Halle z. B. eine Beauftragte, die die MSO koordiniert bis hin zum Land. Die MSO Magdeburg könnte zukünftig bestimmte Aufgaben übernehmen und auch immer mehr befähigt werden. Auch das Problem einer Förderung durch die Arge ist lösbar. Es muss eine bessere Kommunikation und Koordination in Magdeburg hergestellt werden.

Nach kurzer Diskussion sprechen sich die AusschussmitgliederInnen dafür aus, dieses Thema im Juni noch einmal aufzugreifen, um einen aktuellen Stand zu erfahren.

Herr Brüning fügt dem hinzu, dass bereits über eine Veränderung gesprochen wurde. Es wurde eine DS zur Gründung eines Integrationsbeirates erarbeitet. Es sollen Strukturen festgelegt werden, die zu einer höheren Wertigkeit führen. Hierzu werden auch Änderungen der Hauptsatzung notwendig sein. Der Integrationsbeirat soll dann zukünftig mit den StadträtInnen zusammen arbeiten. So wird auch die Zusammenarbeit mit der Arge verbessert.

7. Beschlussvorlagen

7.1. Magdeburg-Pass: Rahmenkonzept, Ideenwerkstatt und Kundenbefragung

DS0027/09

Zu diesem TOP ist Herr Zachert erschienen. Er bringt die DS kurz ein.

- Es konnten BürgerInnen aus den Einrichtungen (1 €Job) für die Mitarbeit gewonnen werden. Sie wollen sich sogar nach Ablauf der Maßnahmen weiter an der Mitarbeit beteiligen.
- Bisher wurde der Magdeburg-Pass nicht beworben. Es gibt lediglich Informationsmaterial dazu.
- Der Magdeburg-Pass muss zukünftig besser „vermarktet“ werden.
- Auch das Wort „ermäßigt“ wird zukünftig genauer benannt werden, z. B. wer alles zu den Ermäßigten zählt. Dies soll für jeden sofort erkennbar und lesbar sein.

Es wird angeregt diskutiert.

Frau Ponitka berichtet von dem Treffen der Ideenwerkstatt Magdeburg-Pass. Folgende Dinge wurden dort benannt:

- Alle Einrichtungen, wo der Magdeburg-Pass greift, sollten zukünftig gekennzeichnet sein.
- MVB war ein großes Thema. Es wurde seitens der MVB eingeräumt, dass die Ermäßigungen noch nicht zielgenau sein könnten.
- Auch die Essenversorgung wurde angesprochen.
- Es könnten Familientage eingeführt werden, z. B. im Theater oder in den Kinos.
- Der erarbeitete Flyer ist gut, aber eventuell noch nicht ganz ausgereift. Er wird für „zu kompliziert“ gehalten.

Herr Brüning sagt, dass der Magdeburg-Pass zu einem zentralen Instrument der Teilhabe werden soll. Wenn von den Bedürftigen maximale Mobilität verlangt wird, kostet das Geld. Er ist auch dafür, dass der Magdeburg-Pass ins „Gerede“ gebracht wird.

Abschließend wird die DS0027/09 empfohlen (4 / 0 / 0).

7.2. Projekt Familienpaten - Sachstandsbericht

I0032/09

Zu diesem TOP ist Herr Dr. Klaus erschienen.

Er bringt die Information kurz ein und sagt ergänzend, dass hier die Zielgruppe die Vorruehändler sein könnten.

Herr Brüning fügt hinzu, dass zuerst die Bedarfe zu analysieren sind und dies dann auf die Sozialregionen übertragen werden muss.

Nach kurzer Diskussion wird die Information I0032/09 einstimmig zu Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

8. Verschiedenes

Herr Veil regt an, dass sich der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung mit der DS0058/09 - Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg befassen sollte.

Dem stimmen alle AusschussmitgliederInnen zu.

Frau Ponitka verteilt Material und macht auf die Aktion „Frauen macht Kommune“ aufmerksam, welche am 21.04.2009 im und vor dem Rathaus stattfindet.

Herr Veil berichtet von der jungen Frau, die vor einiger Zeit im FuG-Ausschuss war und um Hilfe bezüglich ihres afghanischen Verlobten bat. Es gab große Probleme bei der Einreise des jungen Mannes. Er erhielt vor Kurzem eine Karte mit einem Foto der neugeborenen Tochter des Paares mit einem herzlichen Dankeschön.

Frau Beier überreicht die Antwort des UN-Ausschusses zum 6. Staatsbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung des „Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) und weist besonders auf den Teil ab Punkt 41 hin. Hier geht es um Gewalt gegen Frauen. In dieser abschließenden Bemerkung des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau werden Schwerpunkte benannt, die durch Umsetzungsmaßnahmen für diese Bereiche zu untersetzen sind und im nächsten periodischen Bericht über die ergriffenen Maßnahmen und erzielten Ergebnisse zu dokumentieren sind.

Weiter reicht sie die Entscheidung Nr. 5574 vom 03. Juli 2008 der Bundesprüfstelle für jugendgefährdenden Medien aus. Hier geht es um eine Zeitschrift aus Potsdam, die jugendgefährdende sexistische Anzeigen veröffentlicht. Es handelt sich hier um ein „Blatt“, was an die im Gebiet liegenden Haushalte kostenlos verteilt wird.

Herr Brüning berichtet, dass der OB heute ein Fax an alle Dezernate gesendet hat, in dem es um die geplante Themenwoche der ARD im Mai geht. Sie startet am 09.05.2009 mit dem Thema „Ehrensache“. Bis zum 10.04.09 kann man sich im Internet dafür bewerben. Magdeburg möchte sich beteiligen. Hierzu wird am 06.04.2009 um 15.00 Uhr eine Beratung bei Herrn Brüning mit allen Einrichtungen stattfinden. Wer noch Vorschläge hat, möchte sich bitte im Dezernat V melden.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Yvonne Uhlemann
Schriftführerin